

Transnationale Kooperation und ihr Einfluss auf Europäisierungsprozesse - eine Systematisierung

Hachmann, Verena

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hachmann, V. (2012). Transnationale Kooperation und ihr Einfluss auf Europäisierungsprozesse - eine Systematisierung. *Europa Regional*, 18.2010(1), 26-37. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-312629>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Transnationale Kooperation und ihr Einfluss auf Europäisierungsprozesse – eine Systematisierung

VERENA HACHMANN

Zusammenfassung

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit Europäisierungsprozessen, die durch die INTERREG B-Förderprogramme der EU angestoßen werden. Diese sollen Städten und Regionen in Europa dabei helfen, die Herausforderungen zu bewältigen, denen sie sich gegenwärtig ausgesetzt sehen. INTERREG B wird im Rahmen der europäischen Regionalpolitik finanziert ist und speziell auf Maßnahmen im Bereich von Regionalentwicklung ausgerichtet. Die Umsetzung erfolgt durch konkrete Projekte, und die dabei europaweit entstehenden Netzwerke sind zwar jeweils lokal und regional verankert, basieren aber gleichzeitig darauf, dass die Akteure mit ähnlichen Organisationen in anderen europäischen Staaten in Kontakt treten. Europäisierungsprozesse durch INTERREG B laufen somit außerhalb der klassischen EU-Institutionen ab sowie auch ohne deren Moderation oder der der Nationalstaaten.

Der Beitrag analysiert mögliche Europäisierungsprozesse, die das Instrument INTERREG auf verschiedene Politikbereiche haben kann. Die Intention dieses Beitrags liegt auf der Identifizierung des strukturellen Potenzials der transnationalen Programme, das durch Beispiele aus dem INTERREG IVB Nordseeraum beleuchtet wird. Dies kann als Grundlage dafür dienen, in zukünftigen evaluativen Untersuchungen zu INTERREG mögliche Europäisierungsprozesse und ihre Effekte systematisch zu analysieren und somit die gesamte Bandbreite des Einflusspotenzials der Programme zu erfassen.

Europäisierungsprozesse, Regionalpolitik, Sektorpolitik, Förderprogramme INTERREG, Nordseeprojekte

Abstract

Systematising Transnational Cooperation and the Impact it has on Processes of Europeanisation

This paper looks into processes of Europeanisation that are initiated by the EU's transnational INTERREG programmes (strand B). These were set up to support European cities and regions in mastering the most relevant development challenges they are faced with. INTERREG B is financed by the European Regional Development Fund and is specifically directed at aspects of regional development. Although the projects are implemented at the regional and local level, they are based on linking similar institutions in different member states.

Processes of Europeanisation initiated by INTERREG B thus run outside of classic EU institutions and therefore without their or the member states' facilitation. The article analyses potential processes of Europeanisation in various areas of policymaking initiated by the transnational INTERREG programmes. Thereby, the main focus lies on identifying the structural potential of the programmes, which is highlighted by several project examples from the North Sea Region. This may serve as a basis for future evaluative studies in the field of INTERREG to systematically analyse potential Europeanisation processes and their effects and thus to capture the whole width of the programmes' influences.

Processes of Europeanisation, regional politics, sector politics, stimulus programmes INTERREG, North Sea projects

Einleitung

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit Europäisierungsprozessen, die durch Kooperationsprojekte im Rahmen der transnationalen Zusammenarbeit des Fonds für europäische regionale Entwicklung angestoßen werden. Diese Programme, unter dem Namen INTERREG bekannt, fördern Projekte im Bereich von Regionalent-

wicklung, die zwar jeweils lokal und regional verankert sind, aber auch darauf basieren, Akteure aus verschiedenen europäischen Staaten an gemeinsamen Themen arbeiten zu lassen. Grundsätzlich laufen Europäisierungsprozesse durch INTERREG daher außerhalb der klassischen EU-Institutionen ab sowie auch ohne top-down gesteuerte Moderation.

Der folgende Beitrag systematisiert Europäisierungsprozesse, die das Instrument INTERREG auf verschiedene Politikbereiche haben kann im Hinblick auf mögliche Richtungen politischen Einflusses. Bisherige Diskussionen, die INTERREG in einen Zusammenhang mit Europäisierungsprozessen gebracht haben, sind aufgrund des Charakters der Projek-

te in erster Linie von horizontalen Prozessen ausgegangen (z. B. COLOMB 2007; PETERLIN u. KREITMAYER MCKENZIE 2007). Allerdings wurde INTERREG auch im Zusammenhang mit der Umsetzung des Europäischen Raumentwicklungskonzeptes diskutiert und damit als Instrument zur Förderung der Top-down-Einflussrichtung einer zwischenstaatlichen Initiative (z.B. WATERHOUT u. STEAD 2007; GIANNAKOUREOU 2005). Dieser Artikel geht der Frage nach, ob INTERREG neben den angesprochenen Top-down-Einflüssen durch das in die Jahre gekommene Europäische Raumentwicklungskonzept weitere vertikale Prozesse anstößt. Die Intention dieses Beitrags liegt auf der Identifizierung des strukturellen Potenzials der transnationalen Programme, das durch Beispiele aus dem INTERREG IVB Nordseeraum beleuchtet wird. Dies kann als Grundlage dafür dienen, in zukünftigen evaluativen Untersuchungen zu INTERREG mögliche Europäisierungsprozesse und ihre Effekte systematisch zu analysieren und somit die gesamte Bandbreite des Einflusspotenzials der Programme zu erfassen.

Der Artikel beginnt mit einer kurzen Diskussion des Begriffs der ‚Europäisierung‘ sowie einer Zusammenfassung der bereits anderswo diskutierten horizontalen Europäisierungsprozesse. Er beleuchtet dann den aktuellen Stand der Umsetzung von Top-down-Einflüssen durch zwischenstaatliche Raumentwicklungsinstitutionen im Rahmen transnationaler Kooperation. Schließlich wird analysiert und anhand von konkreten Projektbeispielen dargelegt, welche weiteren Richtungen von Europäisierung durch transnationale INTERREG Projekte möglich sind und in Untersuchungen zu Effekten der Programme berücksichtigt werden sollten.

Europäisierungsprozesse – eine Begriffsbestimmung

In seinem einleitenden Kapitel diskutiert CHILLA (dieses Heft) die Bandbreite an Verständnissen zum Begriff „Europäisierung“ in der Politik- und der geographischen Wissenschaft. Er betont, dass der

Begriff keine eindeutige Definition hat, sondern in vielfältigen Zusammenhängen benutzt wird, um unterschiedlichste Phänomene und Prozesse zu beschreiben, ein „loose background concept“ (BULMER u. LEQUESNE 2005). Das am weitesten verbreitete Verständnis von Europäisierung bezieht sich dabei auf den Einfluss der EU auf nationale Politiken insgesamt (OLSON 2002). Allerdings gibt es neben den Veränderungsprozessen auf Druck der EU auch solche Prozesse, die den kognitiven und normativen Rahmen unterschiedlichster Akteure formt (RADAELLI 2004, S. 11). In beiden Fällen führt Europäisierung zu einer Institutionalisierung der europäischen Dimension in nationalen Politiken (BÖHME u. WATERHOUT 2008, S. 228f.).

Eine der Hauptcharakterisierungen zur Beschreibung von Europäisierung ist die Richtung der Wirkung bzw. des Transfers. Hierbei können zwei Grundrichtungen ausgemacht werden: horizontale Prozesse zwischen Staaten und Regionen ohne die Moderation der EU und vertikale Prozesse zwischen der EU auf der einen Seite und den Staaten und Regionen auf der anderen Seite. Bei den vertikalen Prozessen kann wiederum unterschieden werden zwischen Top-down-Prozessen, die von der EU-Ebene auf Staaten und Regionen wirken und Bottom-up-Prozessen, bei denen nationale und regionale Ideen auf EU-Ebene „hochgeladen“ werden.

Daneben unterscheiden Analysen von Europäisierungsprozessen auch relevante Governance-Mechanismen (RADAELLI 2004). Transnationale Kooperation kann dabei im Zusammenhang mit dem Governance-Mechanismus der ‚moderierten Koordination‘ gesehen werden. Im Unterschied zu anderen Governance-Mechanismen, wie Verhandlungen und hierarchische Mechanismen, arrangiert die EU hier Kooperationsarenen für die Mitgliedstaaten, ohne gleichzeitig verbindliche Gesetzgebung bzw. Vorgaben zu produzieren (RADAELLI 2004, S. 13; WISHLADE et al. 2003). Stattdessen werden Möglichkeiten für gemeinsames Lernen und die Diffusion von Best Practice geschaffen.

Ein weiterer Punkt, der im Zusammenhang mit Europäisierungsprozessen genannt wird, betrifft die Effekte einer möglichen Harmonisierung. RADAELLI (2004, S. 14) benutzt hierfür auch den Begriff der ‚Konvergenz‘ und versteht diese entlang eines möglichen Kontinuums¹. Minimale Konvergenz liegt nach RADAELLI bereits dann vor, wenn Akteure beginnen, ein gemeinsames ‚europäisches‘ Vokabular zu verwenden. ‚Kognitive Konvergenz‘ bezeichnet die Annäherung von Paradigmen und Best Practice Ideen. Wenn Akteure darüber hinaus damit beginnen, in ähnlicher Art und Weise Entscheidungen zu fällen, kann von Konvergenz auf Entscheidungsebene geredet werden. Ergebniskonvergenz schließlich würde bedeuten, dass Entscheidungen und Maßnahmen sogar zu ähnlichen Ergebnissen auf nationaler Ebene führen. Zu welchem Grad von Harmonisierung Europäisierungsprozesse führen können, kann im Einzelfall sehr unterschiedlich sein und mag auch von der Richtung der Europäisierung abhängen.

Die INTERREG B-Programme im Rahmen der Regionalpolitik der EU

Die EU hat mit dem Fonds für die Regionale Entwicklung (EFRE) als Teil der Regionalpolitik ein Budget angesetzt, das Programme im Bereich Regional- und Wirtschaftsentwicklung, verbesserter Wettbewerbsfähigkeit und territorialer Kooperation unterstützt. Dabei ist die Kooperation zwischen europäischen Regionen und die Entwicklung von gemeinsamen Lösungen für Problembereiche wie Stadt-, Land- und Küstenentwicklung, Wirtschaftsförderung und Umweltmanagement eins von den insgesamt drei Zielen des EFRE, dem Ziel der „Europäischen Territorialen Zusammenarbeit“ (Ziel 3). Dieses Ziel baut auf dem Erfolg und den Erfahrungen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG aus den vergangenen Jahren auf und fördert die Zu-

¹ Der von RADAELLI (2004) benutzte Begriff der Konvergenz unterscheidet sich grundlegend vom Begriff, der im Rahmen der Strukturfonds-Ziele verwendet wird und sich auf Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung der ärmsten Regionen der EU bezieht.

sammenarbeit zwischen europäischen Regionen auf grenzüberschreitende (Strang A), transnationale (Strang B) und interregionale (Strang C) Art.

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der transnationalen Dimension europäischer Kooperation, die sich auf Aspekte von räumlicher Entwicklung in größeren Kooperationsräumen konzentriert (in Folgenden INTERREG B genannt). Das Hauptziel der hier geförderten Programme ist in der Programmperiode 2007-2013 die Generierung koordinierter, strategischer und regionaler Antworten auf gemeinsame Herausforderungen im Bereich Innovation, Umwelt, Erreichbarkeit und nachhaltiger Stadt- und Regionalentwicklung. Die Kooperation durch INTERREG basiert dabei auf so genannten ‚Operationellen Programmen‘, die von allen relevanten Partnerstaaten unterzeichnet wurden. Die dort definierten Themen und Maßnahmen werden in transnationalen Projekten in Form von Bottom-up-Initiativen umgesetzt.

Die INTERREG B-Programme sind in erster Linie durch den Governance-Mechanismus der moderierten Koordination geprägt und basieren auf horizontalem Austausch und Transfer zwischen den Mitgliedstaaten. Im Gegensatz zu anderen EU-Politikfeldern ist der Governance-Mechanismus der Regionalpolitik weniger stark durch regulative Eingriffe geprägt, sondern durch einen Rahmen, der Fördermittel bereit stellt. Dieser soll europäische Regionen zu mehr Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit führen und es ermöglichen, Ideen, Konzepte und „gute Praktiken“ auszutauschen (EUROPÄISCHE KOMMISSION 2011). Große Teile der europäischen Regionalpolitik sowie ihrer Förderprogramme wie INTERREG weisen daher starke Bottom-up-Aspekte auf. Dennoch müssen die finanzierten Maßnahmen in den von der EU vorgegeben Politikrahmen passen (z.B. EFRE Verordnung, RAT DER EUROPÄISCHEN UNION 2006), während sie gleichzeitig auf der Initiative der (sub)nationalen Ebene beruhen.

Die Europäische Kommission setzt mit der EFRE-Richtlinie einen sehr generel-

len Rahmen zur Förderung durch Projekte der transnationalen Kooperation (in Top-down-Manier), der später durch die Operationellen Programme jedes Kooperationsraumes mit Leben gefüllt wird. Die Entstehung der letztgenannten wiederum ist ein zyklischer Prozess, der als zwischenstaatliche Verhandlung beginnt, als deren Ergebnis ein Entwurf verabschiedet wird, der dann wiederum von der Europäischen Kommission angenommen werden muss und später von den Mitgliedstaaten umgesetzt wird. Hierauf folgt das Antragsverfahren der Projekte in Bottom-up-Manier, bei dem die Herausforderungen, Ziele und geplanten Maßnahmen der Anträge meist auf lokalen und regionalen Bedürfnissen beruhen (Bottom-up-Ansatz). Der folgende Bewertungsprozess beurteilt neben der Qualität der Projekte auch die Frage, wie gut diese in das entsprechende Programm passen (Top-down-Ansatz).

Die Umsetzung der Regionalpolitik ist daher durch sehr interaktive Beziehungen zwischen verschiedenen Ebenen geprägt. Die Komplexität solcher Multi-Dimensionalität der Politik beeinflusst letztendlich auch mögliche Europäisierungsprozesse, die vor einem solchen Hintergrund ablaufen sowie mögliche Einflussrichtungen, die diese Prozesse in INTERREG-Programmen annehmen können. Zusammengefasst lässt sich also sagen, dass transnationale Kooperation im Rahmen von Ziel 3 die politischen Ziele der europäischen und nationalen Politikdebatten mit den vor Ort gefühlten Bedürfnissen zusammenbringt. Somit kann INTERREG auch als Top-down-Stimulus für Bottom-up-Prozesse verstanden werden (BÖHME u. WATERHOUT 2008, S. 235).

Systematisierung von Europäisierungsprozessen durch INTERREG B

Im Folgenden wird zunächst kurz auf das Potenzial horizontaler Europäisierungsprozesse durch INTERREG B eingegangen. Wie oben diskutiert, arbeitet INTERREG B vor allem über die horizontale Europäisierung von lokaler, regio-

naler und nationaler Politik. Dennoch gehen einige Effekte von INTERREG B-Projekten über horizontale Austauschprozesse zwischen Mitgliedstaaten, Regionen und Gemeinden hinaus. Die folgenden Kapitel beschäftigen sich daher mit möglichen vertikalen Prozessen, die durch transnationale Kooperation initiiert werden. Dies wird sowohl im Rahmen der bereits erwähnten zwischenstaatlichen Initiativen als auch von EU Sektorpolitiken sowie Prozessen des ‚Politikhochladens‘ in Bottom-up-Ansätzen konzeptionalisiert.

Horizontale Europäisierungsprozesse durch INTERREG B

Wie bereits oben erwähnt, wurde INTERREG B bisher – wenn überhaupt – vor allem im Zusammenhang mit horizontalen Europäisierungsprozessen diskutiert. Diese laufen nicht durch Anpassungsdruck an EU-Politik ab, sondern werden durch die Diffusion von Ideen und Diskursen über ‚Good Policy‘ and ‚Best Practice‘ ausgelöst (RADAELLI 2003, S. 41). In diesem Kontext stellen die INTERREG B-Programme eine *länderübergreifende Politikaustausch-Plattform* (RADAELLI 2000) dar, die zwar europäische Ziele unterstützt, aber auf der vor allem die regionale und lokale Ebene ihr Know-how, ihre Ideen und Strategien austauscht, zusammen an gemeinsamen Themen arbeitet und dabei von- und miteinander lernen kann. Einflusskanäle sind dabei Ideen, Informationen, Diskurse sowie Lern- und Sozialisationsprozesse, die durch Benchmarking, Wissenstransfer, peer review und gemeinsame Projekte entstehen bzw. ausgetauscht werden. Dabei geht es auch darum, die europäische Dimension der Probleme zu identifizieren, „a comparison of situations in all the countries, allowing for the sharing of some common representations, opening the way to a common perception of problems, and enlarging the choice of possible responses, thanks to the exchange of ‘good practices’“ (BRUNO et al. 2006, S. 533). Hierauf aufbauend können gemeinsame Aktionen beschlossen werden, die

ihrerseits dann Prozesse der europäischen Integration, aber auch deren Internalisierung innerhalb der existierenden Politikkontexte auf (sub)nationalem Niveau unterstützen (KNILL u. LEHM-KUHL 1999, S. 14).

Grundsätzlich folgt die INTERREG-Logik der Identifizierung gemeinsamer Herausforderungen, eines gemeinsamen Handlungsrahmens und gemeinsamer Instrumente. Die Projektpartner erarbeiten laut Programmlogik gemeinsame Lösungen zu Themen, die aufgrund ihres Charakters oder ihrer Komplexität innerhalb eines Landes nicht ohne weiteres zufrieden stellend gelöst werden können. Allerdings muss transnationale Kooperation in der Förderperiode 2007-2013 unbedingt über reine Austauschprozesse und die Identifizierung möglicher Strategien hinausgehen. Projekte müssen nachweisen können, dass sie einen eindeutigen Mehrwert durch die Zusammenarbeit erreichen und darüber hinaus identifizierte Lösungsstrategien vor Ort auch tatsächlich umsetzen. Prozesse von Politiktransfer müssen, um wirksamen Einfluss auf lokaler und regionaler Ebene zu haben, nicht nur wirklich stattgefunden haben, sondern es muss auch zu Prozessen von Organisationslernen und 'lesson-drawing' (ROSE 1993) auf Ebene der beteiligten lokalen und regionalen Institutionen gekommen sein (HACHMANN 2008). Organisationslernen und die sich anschließende institutionelle Anpassung sind Voraussetzung für die längerfristige Wirkung der Projektergebnisse auf lokaler und regionaler Ebene sowie für die Entstehung eines Mehrwerts gegenüber einer Situation ohne Kooperation.

Dabei führen horizontale Europäisierungsprozesse nicht unbedingt zu Harmonisierung. Austauschprozesse sind freiwillig und wenn es zu Transferprozessen kommt, so werden Transferobjekte zumeist den lokalen Bedingungen angepasst. Mit Bezug auf RADAELLIS Konzept der ‚Konvergenz‘ als Effekte von Europäisierung, liegen Effekte von horizontalen Prozessen im Rahmen von INTERREG B eher im Bereich gemeinsamer Definitionen oder ‚kognitiver Konvergenz‘.

Top-down-Einfluss zwischenstaatlicher Initiativen durch INTERREG B

Obwohl die EU eine supranationale Institution mit Einflussmacht auf die Politik ihrer Mitgliedstaaten darstellt, wird in ihrem hybriden Charakter ihre supranationale Autorität von der zwischenstaatlichen flankiert. In diesen Bereich der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und Politikgestaltung fallen etwa das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK) und sein Nachfolgedokument ‚Territoriale Agenda‘ (TAEU) bzw. die aktualisierte Version der TAEU 2020.

Die Rolle von INTERREG B bei der Umsetzung zwischenstaatlicher Initiativen wie des EUREKs wurde in einzelnen Studien eingehend diskutiert und untersucht (z.B. WATERHOUT u. STEAD 2007; DÜHR u. NADIN 2007). Aufgrund strategischer Veränderungen der INTERREG B-Programme ist dieser Einflussbereich allerdings inzwischen stark zurückgegangen. Ein kurzer Blick in die gemeinsame Geschichte von INTERREG als Umsetzungsinstrument des EUREK und auf die Veränderungen seit 2007 macht dies verständlich.

Die transnationale Ausrichtung der INTERREG-Programme wurde während des Erstellungsprozesses des Europäischen Raumentwicklungskonzeptes 1999 etabliert. Die INTERREG B-Programme ab dem Jahr 2000 (INTERREG III B) sollten bei der Unterstützung einer nachhaltigen, harmonischen und ausgewogenen Entwicklung der europäischen Regionen mitwirken (EUROPÄISCHE KOMMISSION 2000, S. 7). Das EUREK selbst identifizierte INTERREG mit seiner koordinierenden Funktion der räumlichen Entwicklung als seinen Hauptumsetzungs kanal (EUROPÄISCHE KOMMISSION 1999, S. 39). Der Bezug zum EUREK war in den INTERREG B-Programmen eines der Kernkriterien zur Projektauswahl. Studien, die die Umsetzung der EUREK-Ziele in den INTERREG-III-B-Programmen und ihren Projekten untersucht haben (DÜHR u. NADIN 2007; WATERHOUT u. STEAD 2007; PEDRAZZINI 2005), konnten allerdings nur einen geringen Einfluss des EUREK feststellen.

In neuerer Zeit haben die Territoriale Agenda (TAEU) und ihr Hintergrund-Dokument ‚Territoriale Ausgangslage und Perspektiven der Europäischen Union‘ (INFORMELLES MINISTERTREFFEN ZUR STADTENTWICKLUNG UND ZUM TERRITORIALEN ZUSAMMENHALT 2007) den Begriff des „planning for Europe“ (BÖHME u. WATERHOUT 2008) wieder aufgegriffen. Ähnlich wie das EUREK wurden beide Dokumente in einer zwischenstaatlichen Initiative der Mitgliedstaaten vorbereitet. Als die TAEU von den für Raumplanung und -entwicklung zuständigen EU-Ministern im Mai 2007 angenommen wurde, war die Programmierung der neuen INTERREG B-Programme zum großen Teil bereits abgeschlossen. Somit können weder die EFRE-Verordnung von Juli 2006 noch die Gemeinschaftlichen Leitlinien zur Kohäsion von Oktober 2006 die Leitlinien der TAEU berücksichtigen.

Dies wird begleitet von der Abkehr der INTERREG B-Programme von Fragen der Raumplanung hin zu thematischen Prioritäten wie Innovation und Umwelt und ihre Ausrichtung auf einen „stärker strategischen Ansatz“. Inzwischen gibt es nun in der EFRE-Verordnung keine Verpflichtung mehr für Projekte, einen integrierten räumlichen Ansatz zu verfolgen (RAT DER EUROPÄISCHEN UNION 2006, Artikel 6), stattdessen soll die Umsetzung der Lissabon- und Göteborg-Strategien der Union gefördert werden. Somit haben sich die INTERREG B-Programme von einem Politikfeld ohne klares EU-Mandat ab- und der Umsetzung von Politikzielen existierender Querschnittspolitik der EU zugewendet. Die transnationalen Programme und Projekte stehen nun vor der Herausforderung, Antworten auf die Anforderungen der Lissabon- und Göteborg-Strategien aus räumlicher Perspektive zu finden, müssen aber auch weiterhin einen Beitrag zur Entwicklung der Kooperationsräume insgesamt leisten (z.B. THE NORTH SEA PROGRAMME 2008, S. 39). So verlangt die EFRE-Verordnung z.B. von Innovationsprojekten, dass diese „direkt zu einer ausgewogenen Entwicklung transnationaler Räume beitra-

gen“ (RAT DER EUROPÄISCHEN UNION 2006, Artikel 6). Folglich beschäftigt sich dennoch nach wie vor eine Vielzahl der Projekte mit Themen der räumlichen Entwicklung.

Die Operationellen Programme von INTERREG IV B verweisen durchaus auf die TAEU. Während einige diese als einen von vielen europäischen Politikbereichen behandeln (z.B. Operationelles Programm Nordseeregion), positionieren andere INTERREG IV B eindeutig als Mittel zur Umsetzung der TAEU (z.B. Operationelles Programm Ostseeregion) bzw. nutzen den Bezug zwischen Projekt und TAEU als Auswahlkriterium (in Programmraum Nordwesteuropa). Allerdings zeigen z.B. die momentan im Nordseeraum geförderten Projekte, dass sich nur ein verschwindend geringer Anteil auf die TAEU und ihre Politikziele bezieht.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass INTERREG B in der Vergangenheit nachweislich als Top-down-Kanal für die Umsetzung des EUREK gedient hat, wobei die Effekte durchaus kritisch zu sehen sind (s.o.). Obwohl die jetzigen Operationellen Programme der Kooperationsräume durchaus Hinweise auf die TAEU enthalten, beinhalten die Bewertungsprozesse für die INTERREG-IV-B-Projekte oft keine Evaluation ihrer Relevanz für die räumliche Entwicklung. Während die INTERREG-III-B-Programme Fragen der Raumentwicklung als ihren Ausgangspunkt betrachteten und hierzu entsprechende Umsetzungsprojekte förderten, orientieren sich die INTERREG-IV-B-Programme an der eher allgemeinen EU-Politik und dem Versuch, diese auf regionale, transnationale Initiativen herunter zu brechen. Der Kanal der zwischenstaatlichen Initiativen hat demnach zunächst stark an Bedeutung für INTERREG B eingebüßt, mit den entsprechenden Folgen für das Gewicht, das einem „planning for Europe“-Ansatz oder der Europäisierung der Raumplanung bleibt. Es bleibt abzuwarten, inwiefern in der Förderperiode ab 2014 das im Lissabon-Vertrag 2009 festgeschriebene Ziel der ‚territorialen Kohäsion‘ und die TAEU 2020 sich auf die EF-

RE-Verordnung und damit auf INTERREG B-Programme auswirken werden.

Weitere Top-down-Europäisierungsprozesse durch INTERREG B – EU-Sektorpolitiken

Mit der Hochwasserrichtlinie (HWRL) hat die EU 2007 neben der Wasserrahmen-Richtlinie (WRRL) ein weiteres Instrument der Wasserpolitik geschaffen. Beide Instrumente sind Teil der europäischen Umweltpolitik und müssen von den EU-Mitgliedstaaten durch die Erstellung von Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten und bis 2015 durch Hochwasserrisiko-Managementpläne umgesetzt werden. Beide Richtlinien verlangen einen integrierten Wassermanagement-Ansatz auf Ebene der Flusseinzugsgebiete, sie unterscheiden sich aber insofern, als die HWRL sich auf quantitative Aspekte von Überschwemmungsrisiken fokussiert, während bei der WRRL die Wasserqualität im Vordergrund steht. In Einzelfall kann dies durchaus zu Interessenkonflikten zwischen den beiden Richtlinien führen.

Das INTERREG-IV-B-Projekt SAWA entwickelt für den Nordseeraum eine Strategie, wie die HWRL so umgesetzt werden kann, dass sie mit den Anforderungen der WRRL in Übereinstimmung ist. Die Umsetzung der Richtlinien stellt für die Mitgliedstaaten besonders durch die unterschiedlichen rechtlichen, institutionellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine Herausforderung dar. Das Projekt beabsichtigt, existierende Wassermanagement-Systeme flexibel an Effekte von Extrem-Hochwasser anzupassen, die sich durch den Klimawandel mehrten werden. Daneben geht es auch darum, lokale „Lern- und Aktionsallianzen“ aufzubauen, die den erforderlichen Beteiligungsprozess zur Erstellung der Hochwasserrisiko-Managementpläne begleiten (SAWA 2011). Damit greift SAWA die Verpflichtung der Mitgliedstaaten auf, die HWRL umzusetzen bzw. gestaltet diese aktiv mit. Neben den freiwilligen horizontalen Austauschprozessen arbeitet SAWA also auch an der Entwicklung einer transna-

tionalen Umsetzungsstrategie für eine Top-down-EU-Politik.

Wie oben bereits diskutiert, folgt die EU-Regionalpolitik selbst nicht dem Ansatz, Top-down-EU-Politikvorlagen auf mitgliedstaatlichem Niveau durchzusetzen, sondern einem Ansatz, der auf der Formulierung noch breit gefasster Richtlinien für die Umsetzung der Fonds beruht, die dann durch Bottom-up-Initiativen mit Leben gefüllt werden. Top-down-Einflüsse durch die Regionalpolitik selbst und den EFRE-Rahmen sind deshalb schwach, eher rahmengebend und haben zu den Sektorpolitiken keinen vergleichbaren direkten Einfluss. Schaut man sich die Förderprioritäten der transnationalen Förderprogramme genauer an, wird deutlich, dass sich von den vier Prioritäten der EFRE-Verordnung (RAT DER EUROPÄISCHEN UNION 2006) nur die ‚nachhaltige Stadtentwicklung‘ auf eine Politik mit direktem räumlichen Bezug bezieht. Die anderen drei, ‚Innovation‘, ‚Umwelt‘ und ‚Zugänglichkeit‘ (wenn sie auch durchaus raumwirksam sein können) beziehen sich auf Politikfelder, die durch eigene EU-Mandate reguliert sind (‘Forschung & Innovation‘, ‘Transport’ und ‘Umwelt’).

Im Operationellen Programm des Ostseeraumes ist der *Zusammenhang zwischen INTERREG B und den Sektorpolitiken* expliziter beschrieben als im Nordseeprogramm: „through the chosen priorities the programme corresponds to relevant EU sector policies – yet in contrast with support programmes for given sector – it promotes actions conducive to integrated territorial development using a multi-stakeholder approach (engagement of various sectors and authority levels)” (BALTIC SEA REGION PROGRAMME 2007, S. 46). Projekte werden demnach aufgefördert, relevante Sektorpolitiken in den Projektanträgen zu berücksichtigen. INTERREG B verfügt in einigen Fällen also durchaus über vertikale Europäisierungseffekte, indem es Top-down-Einflüsse der EU-Politik auf Projekte erlaubt und sogar explizit fördert.

Im Folgenden wird eine Analyse der derzeit geförderten INTERREG B-Projekte im Nordseeraum im Hinblick auf die

Umsetzung von EU-Sektorpolitiken vorgenommen (Tab. 1).

Insgesamt stellen knapp 75 % der Projekte einen Bezug zu EU-Sektorpolitiken her. Es ist festzustellen, dass sich eine ganze Reihe von Projekten auf den Bereich der EU-Umweltpolitik beziehen, v.a. auf die Wasserrahmenrichtlinie und die Hochwasserrichtlinie. Daneben ist – im Nordseeraum nicht verwunderlich, da viele teilnehmende Regionen Küstenregionen sind – der Bereich der maritimen EU-Politik von Bedeutung. Ein weiterer stark vertretender Bereich ist die EU-Verkehrspolitik, es finden sich vor allem Bezüge zum Weißbuch 'Europäische Verkehrspolitik'. Als weiterer wichtiger Bereich ist die Klima- und Energiepolitik der EU aufzuführen. Trotz ihrer Bedeutung für räumliche Prozesse sind Bezüge zur EU-Landwirtschaftspolitik eher rar.

Grundsätzlich lassen sich drei Gruppen von Projekten identifizieren. Eine erste Gruppe bezieht sich nicht auf EU-Sektorpolitiken. Eine weitere Gruppe enthält sehr explizite Bezüge zu EU-Politiken und möchte die Umsetzung aktiv unterstützen. Eine dritte Gruppe schließlich bezieht sich zwar auf EU-Politiken, stellt diese jedoch nicht in den Vordergrund. Im letzten Fall sprechen Projekte davon, bestimmte Politiken bei der Umsetzung zu beachten und im Zusammenhang zu diesen zu stehen sowie zu ihrer Umsetzung beizutragen, aber es handelt sich dabei in der Regel eher um Nebeneffekte. Wahrscheinlich befinden sich in dieser Gruppe auch solche Projekte, die nicht über die Erwähnung entsprechender Politiken im Antrag hinausgehen. Im Verlauf der Projektbearbeitung mag im ein oder anderen Fall die Beschäftigung und Diskussion entsprechender Politiken im Projekt allgemein und im Bezug auf die Umsetzung der Pilotprojekte dann weniger stattfinden, als aus Antragssicht zunächst erscheinen könnte. Einige Projekte gehen daneben auch explizit über die Anforderungen relevanter EU Fachpolitiken hinaus oder versprechen, diese in einer Art und Weise umzusetzen, die effizienter ist als die offiziell von EU-Seite vorgesehene.

Nordseeraum Bezugnahme von derzeit 46 geförderten INTERREG IVB-Projekten auf EU-Sektorpolitiken Genehmigungsstand April 2011

EU-Politikfeld	Anzahl der Projekte mit Bezug	Beispiele von Politikdokumenten, auf die Projekte Bezug nehmen
Maritime Politik	11	Grünbuch zur Meerespolitik
		'Blaubuch' Integrierte Meerespolitik für die Europäische Union
		'Meeresautobahnen-Konzept'
Verkehr (sonstige)	9	Weißbuch Europäische Verkehrspolitik
		Mitteilung der Kommission 'Nachhaltige Zukunft für den Verkehr'
		Transeuropäische Verkehrsnetze
Klima und Energie	7	Grünbuch 'Anpassung an den Klimawandel'
		Grünbuch 'Europäische Strategie Energieversorgungssicherheit'
		'Strategieplan für Energietechnologie'
		Richtlinie Erneuerbare Energien
Umwelt	15	Wasserrahmen-Richtlinie
		Hochwasserrichtlinie
		FFH-Richtlinie
		Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie
Landwirtschaft	2	EU Politik der ländlichen Räume
Informationsgesellschaft/Unternehmen	5	'E-Government Aktionsplan'
		Dienstleistungsrichtlinie
Arbeitsmarkt	1	Grünbuch 'Demografischer Wandel'

Quelle: Projektanträge

Tab. 1: Bezugnahme von 46 geförderten INTERREG IVB-Projekten im Nordseeraum zu EU-Sektorpolitiken (Genehmigungsstand April 2011)

Natürlich haben die Sektorpolitiken ihre eigenen Einflusskanäle auf mitgliedstaatliche Politik, da die Umsetzung von EU-Direktiven für nationale, regionale und lokale Behörden in allen Mitgliedstaaten verbindlich ist. Allerdings können sie eine zusätzliche Dynamik durch INTERREG-Projekte bekommen, wenn transnationale Kooperation und kollaborative Methoden dabei helfen, den Regionen Zeit und Geld bei der Umsetzung der Vorgaben zu sparen. Die meisten Projekte gehen dabei weit über die Umsetzungsbestimmungen der Richtlinien hinaus und arbeiten beispielsweise im Kontext einer effizienteren Umsetzung und schaffen somit einen Mehrwert zu den Prozessen, die ohnehin ablaufen. Einige Projekte arbeiten auch an einer abgestimmten Umsetzung mehrerer Richtlinien und Politiken gleichzeitig (wie im Beispiel SAWA) und tragen somit zur Einhaltung

und Kohärenz verschiedener EU-Politiken bei.

Dennoch muss die Perspektive von INTERREG B-Projekten viel breiter bleiben, indem sie auch Fragen der Regionalentwicklung sowie der räumliche Wirkung der beabsichtigten Lösungen nicht außer Acht lassen dürfen (THE NORTH SEA PROGRAMME 2008). Ein weiterer Aspekt der Top-down-Einflüsse durch Sektorpolitiken besteht in ihrem Einwirken auf Prozesse der Raumentwicklung durch INTERREG B-Projekte. Diese wird auch unabhängig von INTERREG durch verschiedenste EU-Sektorpolitiken beeinflusst, allerdings kann die gleichzeitige Berücksichtigung beider in den Projekten zusätzlich den Einfluss der Sektorpolitiken auf die Raumentwicklung verstärken.

Mit Blick auf mögliche Harmonisierungsprozesse durch transnationale Ko-

operation im Rahmen von INTERREG kann festgehalten werden, dass Top-down-Prozesse wesentlich stärker auf Harmonisierungen abzielen und dabei oft das EU-Ziel eines EU-Binnenmarktes verfolgen. Auf RADAELLIS Kontinuum der Konvergenz sind hier auch ‚höhere‘ Formen von Konvergenz wie ‚Entscheidungskonvergenz‘ anzufinden, die beispielsweise im Beispiel des Projektes SAWA in ähnlichen Hochwassermanagementplänen bestehen könnte.

Bottom-up-Europäisierungsprozesse durch INTERREG B

Zusätzlich zu horizontalem Austausch zwischen Regionen sowie der ‚Trickle-down‘-Effekte europäischer Politiken in die Regionen können in INTERREG B auch Transferprozesse beobachtet werden, die sich in Bottom-up-Richtung bewegen. Dieser Blickwinkel der Europäisierung dreht die Perspektive um, dass (sub)nationale Veränderungen das Ergebnis von Europäisierungsprozessen ‚von oben‘ sind. In diesem Fall findet Europäisierung umgekehrt durch die Beeinflussung von EU-Politikbereichen durch Staaten und Regionen statt (RADAELLI 2004, S. 4). Diese Prozesse können wiederum unterschieden werden in das „Hochladen“ von Politik im Allgemeinen und Prozesse des Aufbaus von transnationalen Institutionen als spezifisches Projektergebnis.

Im Folgenden werden 46 Projekte des INTERREG-IV-B-Nordseeraumes (Genehmigungsstand April 2011) analysiert. Hierbei zeigt sich, dass knapp die Hälfte aller genehmigten Projekte Bottom-up-Ansätze aufweist. Darunter wurden solche Projekte gezählt, die nicht nur horizontal arbeiten und ihre Ergebnisse später untereinander zugänglich machen, sondern die explizit ihre Ergebnisse auf höhere räumliche Ebenen ‚heben‘ bzw. Strukturen schaffen wollen, die weit über die eigentliche Projektpartnerschaft hinaus von Bedeutung sein sollen. Von insgesamt 24 Projekten mit Bottom-up-Ansatz beziehen sich 20 Projekte auf Prozesse von ‚policy uploading‘ und vier Projekte auf die Vorbereitung bzw. Umset-

zung transnationaler Strukturen und fünf Projekte auf beide Ansätze. Bei einigen hängen die beiden Elemente auch funktional zusammen, wenn z.B. eine permanente transnationale Arbeitsgruppe etabliert wird (transnationale Struktur), die zur Beeinflussung von EU-Politik genutzt wird (‚policy uploading‘).

Es wurden nur solche Projekte dem ‚policy uploading‘-Ansatz zugeordnet, die eine aktive und vertikale Disseminierungsstrategie verfolgen, nicht aber solche, die horizontalen Transfer ermöglichen wollen. Ähnlich verhält es sich im Bereich der Schaffung transnationaler Strukturen: obwohl es eine ganze Reihe von Projekten gibt, die Plattformen zum Austausch relevanter Akteure, für Wirtschaftsförderung, oft auch mit Trainingseinrichtungen, einrichten wollen, gehen diese selten über den Kreis der beteiligten Partner hinaus und sind in der Regel keine permanenten Institutionen. Als Projekte, die transnationale Strukturen im Sinne eines Bottom-up-Ansatzes etablieren, werden hier nur solche verstanden, die allgemein zugängliche Strukturen schaffen bzw. die übergeordnete Ebenen einbeziehen.

Obwohl das Bild zunächst recht eindrucksvoll ist und dabei zeigt, wie stark Projekte Forderungen der Programmebene nach einem stärkerem Kommunizieren ihrer Ergebnisse und der Schaffung dauerhafter Strukturen nachgekommen sind, wird doch bei näherem Blick offensichtlich, wie unterschiedlich konkret die Projekte dabei werden. Grundsätzlich lassen sich die 24 Projekte mit Bottom-up-Ansätzen in zwei Gruppen teilen (Tab. 2): in diejenigen, die sich bereits im Antrag konkret damit beschäftigt haben, wie der Bottom-up-Ansatz verfolgt werden soll und z.B. im Falle von ‚policy uploading‘ im Vorfeld das *wer, was, wo und wie* der Kommunikations- und Lobbyingstrategie klären und diejenigen, die dies nicht tun. Grundlage zur Einteilung in diese beiden Gruppen sind jeweils die Projektanträge, die für viele Projekte auch die einzige schriftliche Strategiebeschreibung bleiben. Als ‚unkonkret‘ wurden jeweils solche Projekte bewertet, die entweder kei-

ne näheren Angaben zu dem Ziel der Politikbeeinflussung machen oder aber nur einen Teilaspekt näher erläutern. Zu letzteren gehören solche Projekte, die zwar ihre Zielgruppen definieren, aber wie und mit welchen Instrumenten und Kommunikationsinhalten sie diese erreichen wollen, offen lassen oder aber Projekte, die definieren, was sie kommunizieren wollen, aber nicht an wen.

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass alle Projekte, die die Etablierung transnationaler Strukturen anstreben, in ihren Anträgen bereits recht konkrete Aussagen dazu machen konnten, welche Strukturen sie wie etablieren wollen und somit in die erste Gruppe fallen. Von den übrigen 15 Projekten, die sich mit ‚policy uploading‘ beschäftigen, lassen sich lediglich sieben der ‚konkreten‘ Gruppe zuordnen, während acht Projekte noch sehr vage bleiben.

Eine noch wenig detailreich ausgeführte Strategie in Projektanträgen ist nicht per se negativ zu sehen. Innovative, kreative Prozesse sind selten im Vorfeld genau zu bestimmen und INTERREG erlaubt eine gewisse Flexibilität, noch nicht absehbare Prozesse auch zuzulassen. Hierfür ist es dann aber wichtig, dass Projekte die Prozessperspektive bewusst aufgreifen und noch wenig definierte Aspekte im Laufe der Zeit weiter konkretisieren. Problematisch wird es erst dann, wenn solche Elemente ein reiner Appendix bleiben, den man nur deshalb aufge-

Nordseeraum INTERREG IVB-Projekte mit Bottom-up-Ansätzen	
Charakterisierung der Projekte	Anzahl der Projekte
Projekte im Nordseeraum insgesamt (April 2011)	46
Projekte mit Bottom-up-Ansätzen	24
Projekte mit dem Ziel des 'policy uploading'	15
davon Projekte mit noch unkonkreter Strategie	8
davon Projekte mit konkreter Strategie	7
Projekte mit dem Ziel der Schaffung transnationaler Strukturen	4
Projekte mit 'policy uploading' und transnationalen Strukturen	5

Tab. 2: Übersicht INTERREG IVB-Projekte im Nordseeraum mit Bottom-up-Ansätzen

nommen hat, um seinem Projekt mehr Transnationalität, mehr Umsetzungsbezug und damit höhere Genehmigungschancen zu geben.

A. 'Policy uploading'

Neun Regionen rund um die Nordsee haben sich im Projekt *Waterways for Growth* zusammengetan, um gemeinsam die Potenziale von Binnenwasserstraßen für regionale Wirtschaftsentwicklung insbesondere durch die Freizeitindustrie zu erkunden und besser zu nutzen. Da Binnenwasserstraßen von einer Vielzahl von Politikfeldern berührt werden (z.B. Verkehr, Umwelt, Kulturerbe), arbeitet das Projekt an einem transnationalen Rahmen für stärker strategische und konsistente Ansätze zugunsten der Entwicklung multifunktionaler Binnenwasserstraßen. Dabei wird eine Vielzahl an Initiativen zur Unternehmens- und Produktentwicklung (z.B. Schiffstouren), zur Zugänglichkeit von Wasserstraßen und ihrem nachhaltigen Management geschaffen. Das Projekt testet innovative Methoden und Instrumente vor Ort und liefert somit Beispiele für die europaweite Anwendung einzelner Methoden und den Transfer von Wissen und Know-how über Landesgrenzen. Die Entwicklung des Rahmens für die nachhaltige Entwicklung von Binnenwasserstraßen wird von einer politischen Referenzgruppe begleitet und soll bei Projektende sowohl der EU-Kommission als auch der Nordseekommission vorgestellt werden, um entsprechende Politiken zu beeinflussen. Das Projekt strebt somit ausdrücklich die Verbreitung und die Umsetzung seiner Ergebnisse durch bereits bestehende transnationale Institutionen bzw. EU-Institutionen an (WATERWAYS FOR GROWTH 2011).

Jedes Jahr produziert die EU eine ganze Bandbreite an Politikempfehlungen, die auf Standpunkten, Ergebnissen und empirischen Belegen von Entscheidungsträgern, Netzwerken und 'policy communities' basieren. Wenn INTERREG B-Projekte, wie das Projekt *Waterways for Growth*, ihre strategischen Dokumente und Projektergebnisse gezielt

Nordseeraum Projekte aus INTERREG IVB mit Ansätzen zum 'policy uploading' (Auswahl)

Projektname	'policy uploading' Strategie
StratMoS	Politikempfehlungen für den zukünftigen Masterplan der Nordsee 'Motorways of the Sea' Task Force, politischer Input für relevante Akteure des 'Motorways of the Sea'-Konzeptes
Climate Proof Areas	Erstellung eines Instrumentariums mit Relevanz für den gesamten Nordseeraum, Erstellung eines 'Memorandum of Understanding' zur Präsentation bei der Nordseekommission, gezielte Veranstaltungen für politische Akteure, bilaterale Treffen mit EU Repräsentanten, Input für das Grünbuch 'Adapting to Climate Change'
SAWA	Input für die europäische 'Common Implementation Strategy' Gruppe zur Umsetzung der WRRL
Ballast Water Opportunity	Politikempfehlungen für die International Maritime Organisation (IMO), OSPAR, HELCOM, ICES, harmonisierte Standards für die Zertifizierung von Ballastwasser und Einhaltungskontrolle
Vital Rural Areas	Erstellung eines 'Rural Power Pack', das auf drei internationalen politischen Foren regionalen, nationalen und internationalen Akteuren vorgestellt werden soll und sich insbesondere an EU Akteure richtet. Zusammenarbeit mit den EU Netzwerken 'network for rural development', 'national rural network' und dem Ausschuss der Regionen
TIDE	Beratung für zukünftige Planungsvorhaben und integriertes Flußmündungsmanagement auf verschiedenen Ebenen, Entwicklung einer 'governance box' für europäische und nationale Entscheidungsträger, Verbreitung über Konferenzen und gezielte bilaterale Treffen
North Sea SEP	Entwicklung von Instrumenten und Richtlinien sowie Investitionsbewertungsmodelle für europäische und nationale Ebene
Care North	Transfer der Ergebnisse an u.a. Städtenetze, Nordseekommission, EU Konsultationen. Definition aller relevanten Zielgruppen im Verlauf des Projektes, gemeinsames politisches Memorandum, Einbeziehung von 'Multiplikatorinstitutionen' als Projektpartner, Identifizierung relevanter internationaler Konferenzen zur Präsentation der Ergebnisse
Cruise Gateway	Entwicklung von Richtlinien für nachhaltiges Cruiseshipping für alle relevanten Nordseehäfen, Entwicklung der Marke 'Green Cruise North Sea' und einer gemeinsamen Marketingstrategie, politisches Forum für EU Entscheidungsträger, permanente AG 'Cruise Brand North Sea Region', gemeinsame Standards
iTransfer	Politische Resolution 'Harmonisierte Kofinanzierung und Ausschreibungen für Fahrdienste' für DG Move und nationale Verkehrsministerien, politische Resolution 'Barrierefreier Zugang zu Fahren für Menschen mit eingeschränkter Mobilität' für DG Move und nationale Verkehrsministerien, Präsentation der Ergebnisse bei der Nordseekommission
Clean North Sea Shipping	Politikempfehlungen für die EU 'Clean Shipping Strategy', bilaterale Treffen mit nationalen und EU Entscheidungsträgern, Entwicklung eines gemeinsamen 'Environment Statement', gemeinsames Nordsee-Benchmark-Modells für nachhaltige Häfen, Transfer der Ergebnisse zur International Maritime Organisation (IMO)

Quelle: Eigene Auswertung auf Basis der INTERREG IVB-Projektanträge im Nordseeraum

Tab. 3: Beispielhafte Projekte aus INTERREG IVB Nordseeraum mit Ansätzen zum 'policy uploading'

streuen, können sie ihre Politikempfehlungen an politische Akteure weiterreichen und ihren Wert für die Regionen vermarkten. Im Nordseeraum streben zum Stand April 2011 insgesamt 20 Projekte (von insgesamt 46) die gezielte Streuung ihrer Ergebnisse auf einer räumlichen Ebene an, die über derjenigen steht, auf der die Projektpartner sich befinden. Tabelle 3 gibt einen Eindruck von der Bandbreite der beabsichtigten Zielgruppen, der Kommunikationskanäle sowie der konkreten Produkte, die 'hochgeladen' werden sollen. Die

Tabelle enthält sechs der sieben konkreten 'uploading'-Strategien (eins wurde oben schon intensiv beschrieben) sowie die fünf Projekte die in beide Kategorien fallen (transnationale Institutionen und 'policy uploading').

Das Beispiel des Projektes SAWA zeigt, dass manche Projekte sowohl Bottom-up als auch Top-down-Ansätze verfolgen. Erwähnenswert ist auch, dass sich einige Projekte auf EU-Politiken beziehen, die sich noch in der Entstehung befinden und gezielt Projektergebnisse in Konsultationsverfahren einbringen wollen, z.B. im

Zusammenhang mit der zukünftigen Transportpolitik der EU.

Die INTERREG B-Programme fordern die Verbreitung der Ergebnisse und die Demonstration eines entsprechenden Kosten-Nutzen-Verhältnisses auch aktiv von den Projekten ein. Die Programmstrukturen zielen dabei sowohl auf das Zusammenbringen der Projektergebnisse als auch auf deren ‚uploading‘ auf Ebenen höherer öffentlicher Aufmerksamkeit. Aus Sicht der Programme ist dies unter anderem auch auf die Notwendigkeit zurückzuführen, den Erfolg sowohl der einzelnen Projekte als auch der Gesamtprogramme für künftige Mittelsicherung aktiv zu fördern und zu bewerben. So werden die Projekte aufgefordert, ihre Ergebnisse möglichst sowohl horizontal als auch vertikal breit zu streuen. Seit der 2007-2013 Förderperiode müssen alle Nordseeprojekte in INTERREG IV B eine solide Öffentlichkeitsarbeit liefern und entsprechende ‚Communication Plans‘ erarbeiten, die u.a. auch eine Zielgruppendefinition erfordern (THE NORTH SEA REGION PROGRAMME 2011), manche Programme erfordern sogar explizit die Verbreitung der Ergebnisse und Erfolge an nationale und europäische Institutionen (NORDWESTEUROPA PROGRAMM 2011). Für die Kommunikationsaktivitäten der Projekte bedeutet dies natürlich entsprechend hohe Anforderungen (BBSR 2009, S. 38).

Während die Projektziele in gemeinsamer Anstrengung der verschiedenen lokalen und regionalen Entscheidungsträger aufgestellt wurden und dementsprechend lokale und regionale Bedürfnisse widerspiegeln, bedeutet dies auf Projektebene, dass die Effekte der Projekte durch das Anheben auf ein transnationales Niveau sich gegenüber dem erhöhen, was in lokaler oder regionaler Eigenarbeit möglich wäre. Dies betrifft auch Themen, die bisher noch gar nicht auf EU oder transnationaler Ebene diskutiert wurden, wie z.B. die integrierte Nutzung der europäischen Binnenwasserstraßen. Andere Projekte beziehen sich direkt auf existierende Arbeitsgruppen, die sich mit der Entwicklung politischer Strategien auf EU Ebene

befassen. Somit können Regionen die EU-Förderung nicht nur dafür nutzen, ihre eigenen Vorstellungen weiter zu entwickeln bzw. umzusetzen, sondern auch für die Beeinflussung europäischer politischer Agenden durch die Verbreitung ihrer ‚Best Practice‘-Beispiele und der Relevanz der auf regionaler Ebene identifizierten Herausforderungen. Projekte können einen noch größeren Einfluss haben und ihre Lobbykapazitäten multiplizieren, wenn sie Cluster mit ähnlichen Projekten, vielleicht sogar in anderen Kooperationsräumen, bilden. Zusammengenommen erhöht dies die gemeinsame Wahrnehmung der Herausforderungen der europäischen Regionalentwicklung. Der Clusteransatz wird derzeit im INTERREG-IV-B-Nordseeprogramm erstmals erprobt und ermöglicht zusätzliche Förderung von thematischen Projektzusammenschlüssen.

B. Bildung transnationaler Institutionen

Zehn Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen rund um die Nordsee haben sich im Projekt *Northern Maritime University* zusammengeschlossen, um eine Dachmarke für akademische Ausbildung in der maritimen Wirtschaft zu etablieren. Die Bildungseinrichtungen optimieren dabei ihre Qualifizierungsangebote, stimmen diese untereinander ab und richten sie spezifischer auf den Bedarf und die Erwartungen der maritimen Wirtschaft aus. Im Ergebnis sollen ein Qualitätslabel für die maritime akademische Ausbildung und ein abgestimmter Lehrplan als Grundlage eines wettbewerbsfähigen Bildungsniveaus der nordeuropäischen Seeverkehrsindustrie entstehen. Es werden modularisierte Weiterbildungsangebote und die Mobilität der Studierenden zwischen den Netzwerkhochschulen gefördert. Der Kern liegt dabei vor allem in E-Learning-Angeboten, mit denen Lehrende, Studierende und Branchenvertreter sich vernetzen und einen gemeinsamen Qualitätsstandard in der Lehre erreichen können. Studierende bekommen somit Zugang zu Wissen, das nicht an ihrer eigenen Hochschule ver-

fügbare ist (NORTHERN MARITIME UNIVERSITY 2011).

Ein ganz spezifisches Ergebnis von INTERREG B-Projekten kann also auch die Bildung neuer Institutionen auf transnationaler oder auch europäischer Ebene sein, die ohne INTERREG nicht zustande gekommen wären, oder aber auch die Koordination nationaler Politiken auf transnationaler Ebene. Die europäischen Regionen sind in unterschiedlichster Art voneinander abhängig, sei es durch geographische Faktoren wie Flüsse, die Regionen verschiedener Länder verbinden oder durch funktionale Abhängigkeiten im Umweltschutz oder in der Wirtschaftsentwicklung. Wenn horizontaler Transfer zu gemeinsamen Abkommen führt, können Regionen Politiken auf supranationaler Ebene koordinieren, wie z.B. auch bei Projekten zum Thema Hochwasserschutz. Dabei werden nationale, regionale und andere Identitäten im europäischen Kontext neu definiert, wenn Akteure auf den unterschiedlichsten Ebenen europäischer Governance zusammenarbeiten.

So behandeln auch viele INTERREG B-Projekte Themengebiete, die auf nationaler oder supranationaler Ebene bisher wenig thematisiert wurden. Dabei geht es in der Regel weniger um technische Innovationen, sondern um innovative Prozesse und Arbeitsweisen, die die Basis für weitere Aktivitäten in den entsprechenden Bereichen legen. Transnationale Institutionen entstehen im Nordseeraum z.B. im Bildungsbereich (siehe Beispiel Northern Maritime University), zwei weitere Projekte entwickeln allgemein zugängliche Weiterbildungsplattformen. Daneben ist die Entwicklung gemeinsamer Standards wichtig und gleich drei Projekte entwickeln transnationale Standards im maritimen Bereich. Weitere Ansätze für transnationale Institutionen sind permanente Arbeitsgruppen zum Lobbying und standardisierte IKT-Anwendungen.

INTERREG B-Projekten kann es gelingen, regionale Akteure zusammen zu bringen, die auf Grundlage der gemeinsam identifizierten Herausforderungen

für die Regionalentwicklung zusammen an der Entwicklung von Verfahrensnormen, Regulierungsweisen und gemeinsamen politische Zielen arbeiten (BRUNO et al. 2006, S. 520). Dies kann zur Entwicklung von gemeinsamen Standards, Marken, Instrumenten oder Prozessen führen, die später auf transnationaler bzw. europäischer Ebene institutionalisiert werden. Gemeinsamen Standards und Prozessen zuzustimmen, setzt dabei eine gewisse Konvergenz im Denken in Bezug auf Schlüsselfragen voraus bzw. zumindest ein Bewusstsein für ihre Verbundenheit über nationale Grenzen (DÜHR u. NADIN 2007, S. 375). Prozesse des ‚institution-building‘ auf transnationaler Ebene sind dabei weitaus mehr als Prozesse von einfachem „Hochladen“ nationaler Präferenzen und Politiken auf ein höheres Niveau; sie sind interaktive und iterative Prozesse, die von Veränderungen auf (sub)nationaler Ebene begleitet werden, die die Umsetzung der beschlossenen Regeln erst möglich machen. Darüber hinaus sind INTERREG B-Projekte oftmals geeignet, die praktische Umsetzung bereits bestehender staatenübergreifender Übereinkünfte, wie z.B. der Alpenkonvention oder der trilateralen Wattenmeer-Zusammenarbeit, maßgeblich zu befördern.

Harmonisierungsprozesse durch Bottom-up-Europäisierung sind durch die Schaffung transnationaler Institutionen in vielen Fällen ureigenes Ziel. Auf RADAELIS Konvergenzkontinuum sind in diesem Zusammenhang also auch ‚Entscheidungskonvergenz‘ oder sogar ‚Ergebniskonvergenz‘ möglich.

Diskussion der Ergebnisse

Der vorliegende Artikel hat versucht, einen Beitrag zur Identifizierung der Einflusskanäle zu leisten, die es in und durch INTERREG B-Projekte gibt. Drei Hauptrichtungen von Einfluss durch INTERREG B konnten ausgemacht werden: horizontaler Transfer und vertikale Kanäle in sowohl Top-down- und Bottom-up-Richtung.

Horizontale Europäisierung bedeutet, dass Regionen ihr Wissen und ihre Stra-

tegien miteinander teilen; ein Prozess, der zu Anpassung und „kognitiver Konvergenz“ führen kann. Top-down-Europäisierung durch INTERREG B unterstützt und verbessert die Umsetzung von EU-Politik auf nationaler und regionaler Ebene, während Bottom-up-Europäisierung Regionen erlaubt, ihre Prioritäten und Politiken auf transnationales und europäisches Niveau hoch zu laden. Die Umsetzung gemeinsamer Politiken in Bereichen, in denen die EU kein Mandat hat, sind durch zwischenstaatliche Initiativen wie das EUREK oder die TAEU möglich gemacht worden. Dieser Einflusskanal hat allerdings in der gegenwärtigen Strukturfondsperiode stark an Bedeutung eingebüßt, da die INTERREG B-Programme weniger auf die Anwendung des EUREK oder der TAEU angelegt sind, sondern mehr der Innovations- und Nachhaltigkeitspolitik der EU dienen sollen. Deutlich wird auch, dass innerhalb einzelner Projekte die Einflusskanäle oftmals vielfältiger Art sind. Weiterer Forschungsbedarf besteht in der Bewertung, wie INTERREG-Projekte diese Kanäle bisher genutzt haben. Dabei kann die erste Auswertung von Projekten im Nordseeraum nur ein Anfang sein. Darüber hinaus wäre es interessant, die Erfahrungen, die Projektakteure bei der Verfolgung der einzelnen Ansätze gemacht haben, zu evaluieren sowie der Frage nachzugehen, wo Effekte eventuell sichtbarer geworden sind.

Die Erschließung verschiedener Europäisierungskanäle durch transnationale Kooperation in INTERREG ist auch im Zusammenhang der Evolution der INTERREG-Programme von der ersten Initiative in den 1990er Jahren bis heute zu sehen. Effekte der horizontalen Europäisierungskanäle lassen sich bis in die Anfangszeit transnationaler Kooperation unter INTERREG II C zurück verfolgen, als durch den Erfahrungsaustausch der Projektpartner untereinander und den Austausch von best practice erste Beiträge zum Aufbau eines gemeinsamen europäischen Vokabulars geleistet werden und Konzepte und Strategien aus anderen Zusammenhängen übernommen

werden konnten. In der Förderperiode von INTERREG III B ab 2000 lieferten Projekte vermehrt konkretere Ergebnisse und ermöglichten, die Ziele des damals neu verabschiedeten EUREK aktiv umzusetzen. Somit wurden die Programme auch prinzipiell bedeutsam für Top-down-Europäisierungsprozesse. Es spricht einiges dafür, dass sich der Effekt zwischenstaatlicher Initiativen allerdings in Grenzen gehalten hat. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass entsprechende Aspekte für Projektakteure wohl nie im Vordergrund des eigenen Interesses standen (DÜHR et al. 2010) und somit eher Nebeneffekte und indirekte Effekte blieben. Zunächst ist dieser Kanal nun weniger wichtig geworden, nur noch wenige Operationelle Programme enthalten konkrete Bezüge zur TAEU oder dem EUREK und nur noch wenige Kooperationsräume nutzen den Bezug zur TAEU als Auswahlkriterium für Projekte (z.B. Nordwesteuropa).

Zum Ende von INTERREG III B wurde vermehrt darauf hingewiesen, dass die stärkere Konkretheit von Projekten oftmals lediglich auf lokaler und regionaler Ebene Effekte hinterließ, aber nur wenige transnationale. Die transnationalen Programme verpassten sich daraufhin einen weiteren ‚Qualitätsschub‘, der v.a. die Transnationalität von Projekten, ihren Umsetzungsbezug und strategischen Gehalt ins Auge fasste. Für Investitionen bedeutet dies beispielsweise, dass sie einen transnationalen Charakter aufweisen müssen. Hierfür wird z.B. die Bildung transnationaler Institutionen gefördert. Der Umsetzungsbezug zielt in erster Linie darauf ab, produzierte Empfehlungen, Handbücher und Aktionspläne auch tatsächlich umzusetzen, was in vielen Fällen nicht nur von den Projektpartnern selbst, sondern auch von übergeordneten Ebenen getan werden kann bzw. für ihre Verbreitung auch getan werden sollte. Dies bezieht in vielen Fällen aktives ‚policy uploading‘ ein. Weiterhin werden durch die Verschiebung des Instruments INTERREG auf den politischen Fokus der Gemeinschaftspolitik Projekte dazu aufgerufen, aktiv zu deren Umsetzung

beizutragen. Inzwischen gibt es eine ganze Reihe von Projekten, deren originäres Ziel und Ausgangspunkt der Beitrag zu entsprechenden Politiken ist. Akteure vor Ort sind ohnehin zur Umsetzung der EU-Politiken verpflichtet und können den INTERREG-Rahmen dazu nutzen, sich hierüber mit anderen Partnern auszutauschen und die Umsetzung zu optimieren. Somit haben also auch Veränderungen der Programme zur Erschließung weiterer Europäisierungskanäle beigetragen.

Obwohl im Prinzip gezeigt werden konnte, dass INTERREG-Projekte sowohl Kanäle horizontaler als auch vertikaler Europäisierung nutzen, bedeutet dies nicht automatisch, dass diese Kanäle überall in Europa dieselbe Form annehmen und dieselben Effekte haben müssen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit bedürfen die Kanäle bestimmter Rahmenbedingungen, die durchaus von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich sein werden. Während der generelle Charakter horizontaler Europäisierungsprozesse ähnlich sein wird, wann immer Akteure zum Austausch von Erfahrungen und Konzepten zusammenkommen, könnten vertikale Prozesse in Europa aufgrund unterschiedlicher Gesellschaftsmodelle, Planungssysteme und institutioneller Kapazität sehr unterschiedlich aussehen. Im Bezug auf Top-down-Prozesse könnte das ‚Internal Market Scoreboard‘ der EU Hinweise liefern (EUROPÄISCHE KOMMISSION 2010). Dieses kommt zum Schluss, dass die Umsetzung von EU-Gesetzgebung auf Ebene der Mitgliedstaaten für einige Staaten eine größere Herausforderung als für andere darstellt. Die Anzahl nicht korrekt oder nicht termingerecht umgesetzter Direktiven ist besonders in Süd- und Osteuropa hoch, aber auch in Frankreich und Belgien (ibid., S. 14). Dies könnte bedeuten, dass Hilfestellungen in der Umsetzung von Fachpolitiken durch INTERREG in diesen Staaten besonders nützlich sind oder aber umgekehrt, dass entsprechende Prozesse in diesen Staaten aufgrund z.B. anderer institutioneller Kapazitäten ungleich schwieriger sein können. Im Bezug auf Bottom-up-Prozesse mögen das Vertrauen und der Glaube

von Akteuren in ihre eigenen Fähigkeiten, politische Prozesse in ihren Regionen beeinflussen zu können, zwischen den Mitgliedstaaten variieren. Hier würde sich weiterer Forschungsbedarf ergeben. Darüber hinaus mag sich zwischen einzelnen INTERREG-Kooperationsräumen auch der Grad unterscheiden, zu dem Projekte tatsächlich ‚transnational‘ aufgestellt sind und dadurch überhaupt zu Europäisierungseffekten führen können.

Die Identifizierung der potenziellen politischen Einflusskanäle in einem Instrument wie INTERREG B und die Analyse ihrer Wirkungsmechanismen ist eine wichtige Voraussetzung bei der Diskussion um Qualitätsaspekte sowohl von Projekten als auch von Programmen. Die Bewertung und Evaluation von INTERREG-Erfolgen beruht, ähnlich wie in anderen Elementen der Strukturfonds, bisher sehr stark auf quantitativen, indikatorengestützten Methoden, die die Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Effektivität der Programme rekapitulieren sollen (BACHTLER u. WREN 2006). INTERREG B-Projekte wurden bisher vor allem in Bezug auf ihre ‚greifbaren‘ Ergebnisse bewertet, obwohl ein großer Teil des Nutzens transnationaler Kooperation von weniger greifbarem Charakter ist. Die Schwäche summativer Evaluation liegt in ihrer Fokussierung auf quantitativ messbare Ergebnisse und Wirkungen. Prozessuale Fragen darüber, wie diese produziert wurden oder wie sie verwendet werden, kann sie weniger gut berücksichtigen. Summative Evaluation lässt Projekt- und Programmakteure in einer eher passiven Position zurück, in der die Frage nach dem „warum“ von Evaluationsergebnissen und der kausalen Mechanismen, die zu positiven oder negativen Ergebnissen führen, nicht behandelt wird. Dies wiederum schränkt den Spielraum für Lernen und entsprechende Veränderungen stark ein. Wenn aber INTERREG-Akteure auf Projekt- und Programmebene über die Bewertungen von Projekten auf Grundlage statischer Outputs hinaus gehen wollen, kann die Analyse der Einflusskanäle von INTERREG B-Projekten dabei helfen, die für den mittel- und lang-

fristigen Erfolg von Projekten und Programmen entscheidend sind. Hierzu hofft dieser Beitrag durch die Systematisierung möglicher Einflusskanäle in einem ersten Schritt beizutragen. Zwischen den verschiedenen Aspekten horizontaler und vertikaler Prozesse zu differenzieren, könnte auch die Legitimität der INTERREG-Programme erhöhen, wenn gezeigt werden kann, dass diese inzwischen weit über rein horizontale Austauschprozesse hinaus gehen und einen deutlichen Nutzen für Akteure auf allen Ebenen (auch der EU) bieten.

Das Verständnis für die Transferkanäle erlaubt Projektakteuren, von diesen Kanälen aktiv Gebrauch zu machen und somit den langfristigen Nutzen der Projektergebnisse zu beeinflussen. Programmakteuren wiederum erlaubt es, ein besseres Verständnis für die Projekte und ihre Wirkungsweisen zu entwickeln und dafür, was ein „gutes Projekt“ ausmacht, sowie davon, welche unterstützenden Umstände INTERREG B-Projekte und Programme brauchen, um ihre Wirkungen und Relevanz zu erhöhen.

Die Autorin bedankt sich herzlich beim Gemeinsamen Technischen Sekretariat des INTERREG-IV-B-Nordseeraumes für die Bereitstellung der Daten.

Literatur

- BACHTLER, J. u. C. WREN (2006): Evaluation of the European Union Cohesion Policy: Research questions and policy challenges. In: *Regional Policy* 40 (2), S. 143-153.
- BALTIC SEA REGION PROGRAMME (2007): *Baltic Sea Region 2007-2013. Programme under European Territorial Co-operation Objective and European Neighbourhood and Partnership Instrument*. Final approved version as of 21 December 2007, <http://eu.baltic.net/redaktion/download.php?id=4&type=file> (Zugriff am 26.08.2010).
- BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2009): *Transnationale Zusammenarbeit in Europa – die deutschen*

- INTERREG B Erfahrungen TransCoop 2009. Berichte. Bonn.
- BÖHME, K. u. B. WATERHOUT (2008): The Europeanization of Planning. In: FALUDI, A. (Hrsg.): European Spatial Research and Planning. Cambridge, S. 225-248.
- BRUNO, I., S. JACQUOT u. L. MANDIN (2006): Europeanisation through its instrumentation: Benchmarking, mainstreaming and the open method of coordination ... toolbox or Pandora's box? In: Journal of European Public Policy 13 (4), S. 519-536.
- BULMER, S. u. C. LEQUESNE (2005): The Member States of the European Union. Oxford.
- COLOMB, C. (2007): The added value of transnational cooperation: towards a new framework for evaluating learning and policy change. Planning Practice and Research 22 (3), S. 347-372.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2011): Webseite EU Regionalpolitik. http://ec.europa.eu/regional_policy/policy/why/index_en.htm (Zugriff am 18.03.2011).
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2000): Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 28.4.2000 über die Leitlinien für eine Gemeinschaftsinitiative betreffend die transeuropäische Zusammenarbeit zur Förderung einer harmonischen und ausgewogenen Entwicklung des europäischen Raums INTERREG III, K(2000) 1101 – DE. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (1999): EUREK – Europäisches Raumentwicklungskonzept. Auf dem Wege zu einer räumlich ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Europäischen Union. Angenommen beim Informellen Rat der für Raumordnung zuständigen Minister in Potsdam, Mai 1999. Vorgelegt vom Ausschuss für Raumentwicklung. Luxemburg.
- DÜHR, S., C. COLOMB u. V. NADIN. (2010): European spatial planning and territorial cooperation. London, New York.
- DÜHR, S. u. V. NADIN (2007): Europeanization through Transnational Territorial Cooperation? The Case of INTERREG IIIB North-West Europe. In: Planning, Practice and Research 22 (3), S. 373-394.
- GIANNAKOUREU, G. (2005): Transforming spatial planning policy in Mediterranean countries: Europeanization and domestic change. In: European Planning Studies 13 (2), S. 319-331.
- HACHMANN, V. (2008): Learning in Transnational Networks. In: European Territorial Cooperation and Learning: Special Issue disP 172, 1/2008, S. 11-20.
- INFORMELLES MINISTERTREFFEN ZUR STADTENTWICKLUNG UND ZUM TERRITORIALEN ZUSAMMENHALT (2007): Territoriale Agenda der Europäischen Union. Für ein wettbewerbsfähigeres und nachhaltigeres Europa der vielfältigen Regionen. Angenommen am 24./25. Mai 2007.
- KNILL, C. u. D. LEHMKUHL (1999): How Europe matters: Different mechanisms of Europeanisation. In: European Integration Online Papers 3 (7). www.eiop.or.at/eiop/texte/1999-007a.htm.
- NORDWESTEUROPA PROGRAMM (2011): Projekthandbuch Leitfäden. März 2011. [http://www.nweurope.eu/nwefiles/file/8th%20Call_Guidance%20Notes_German_Final\(2\).pdf](http://www.nweurope.eu/nwefiles/file/8th%20Call_Guidance%20Notes_German_Final(2).pdf) (Zugriff am 28.04.2011).
- NORTHERN MARITIME UNIVERSITY (2011): Projekt-Webseite www.nm-uni.eu (Zugriff am 28.04.2011).
- OLSEN, J. (2002): The many faces of Europeanisation. In: Journal of Common Market Studies 40 (5), S. 921-952.
- PEDRAZZINI, L. (2005): Applying the ESDP through INTERREG IIIB: A southern perspective. In: European Planning Studies 13 (2), S. 297-317.
- PETERLIN, M. u. J. KREITMAYER MCKENZIE (2007): The Europeanization of Spatial Planning in Slovenia. In: Planning, Practice and Research 22 (3), S. 455-461.
- RADAELLI, C. (2004): Europeanisation: Solution or problem. In: European Integration Online Papers 8 (16). www.eiop.or.at/eiop/texte/2004-016a.htm.
- RADAELLI, C. (2003): The Europeanization of Public Policy. In: FEATHERSTONE, K. u. C. RADAELLI (Hrsg.): The Politics of Europeanization. Oxford, S. 27-56.
- RADAELLI, C. (2000): Policy transfer in the European Union: Institutional Isomorphism as a source of legitimacy. In: Governance 13 (1), S. 25-43.
- RAT DER EUROPÄISCHEN UNION (2006): Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 mit allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds und den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1260/1999. Amtsblatt der Europäischen Union.
- ROSE, R. (1993): Lesson Drawing in Public Policy. Chatham.
- SAWA (2011): Projekt-Webseite www.sawa-project.eu (Zugriff am 18.03.2011).
- THE NORTH SEA REGION PROGRAMME (2011): Application Pack 2011 – 6th Call for Applications. http://www.northsearegion.eu/files/user/File/IVB%20Document%20Library/Application/Application_Pack_6th_Call_Final.pdf (Zugriff am 27.04.2011).
- THE NORTH SEA REGION PROGRAMME (2008): North Sea Region Programme 2007-2013 Operational Programme. October 2008 Version.
- WATERHOUT, B. u. D. STEAD (2007): Mixed Messages: How the ESDP's Concepts Have Been Applied in INTERREG IIIB Programmes, Priorities and Projects. In: Planning, Practice and Research 22 (3), S. 395-415.
- WATERWAYS FOR GROWTH (2011): Projekt-Webseite www.waterwaysfor-growth.eu (Zugriff am 18.03.2011).
- WISHLADE, F., D. YUILL u. C. MÉNDEZ (2003): Regional Policy in the EU: A Passing Phase of Europeanisation or a Complex Case of Policy Transfer? In: Regional and Industrial Policy Research Paper No. 50. Glasgow.

VERENA HACHMANN
Nordic Energy Research
Stensberggata 25
0170 Oslo
Norwegen
verena.hachmann@nordicenergy.net